

0 6 7 0 2 - 0001 BEC

Datum 13. Feb. 1934

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 72

Reichsjustizminister Dr. Gürtner über die Justizvereinheitlichung

Besprechung mit den Landesjustizverwaltungen in Dresden

Dresden, 12. 2.

Im Staatsministerium in Dresden fand heute vormittag auf Einladung des Reichsjustizministers Dr. Gürtner eine Zusammenkunft statt, an der außer dem Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. Schlegelberger die Chefs und Vertreter der 16 Landesjustizverwaltungen teilnahmen. Preußen war durch Minister Kerrl und Staatssekretär Dr. Freisler vertreten. Der sächsische Justizminister Dr. Thierack begrüßte die Erschienenen und brachte zum Ausdruck, daß die Landesjustizverwaltungen an dem großen Werk, eine einheitliche Reichsjustiz zu schaffen, freudig mitarbeiten würden.

Dr. Gürtner erläuterte die Maßregeln, die aus Anlaß des Ueberganges der Justizhoheit auf das Reich zu treffen seien. Zunächst habe die Reichsregierung soeben ein erstes Gesetz zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich verabschiedet. Dieses bestimmt, daß alle Gerichte hinfort „Im Namen des deutschen Volkes“ Recht sprechen. Ferner übertrage es das Niederschlagungsrecht in Strafsachen, das bisher den Ländern zugestanden habe, auf den Reichspräsidenten und setze die Freizügigkeit der Rechtsanwälte und die Gültigkeit der notariellen Urkunden im ganzen Reichsgebiet fest.

Weiterhin führte der Reichsjustizminister aus, daß er sofort die Vereinheitlichung der Justizverwaltung in Angriff nehmen werde. Voraussetzung für eine solche sei nicht nur eine Vereinheitlichung der Justizeinrichtungen (z. B. des Personalwesens, des Haushalts-

wesens), sondern auch der überaus zahlreichen Bestimmungen auf dem Gebiet der Justizverwaltung und der Rechtspflege selbst. Er erinnerte an die freiwillige Gerichtsbarkeit, das Grundbuch und Kostenwesen usw. Die Mitwirkung der Länder hierbei sei durch eine zweckmäßige Zusammenfassung der auf die Sammlung und Sichtung des Materials gerichteten Arbeiten sichergestellt worden. Dr. Gürtner ging ausführlich auf die Probleme ein, die hierbei zu lösen seien.

Namens der preussischen Landesjustizverwaltung wies Staatsminister Kerrl darauf hin, daß die Zusammenfassung des deutschen Volkes in ein einheitliches Reich von jeher eines der wichtigsten Ziele des Nationalsozialismus gewesen sei. Nach einem Wort des Führers gäbe es nichts größeres, was im Augenblick zu leisten sei, als hieran zu arbeiten. Für die Justizverwaltungen sei dies eine Arbeit, die dereinst von der Geschichte gewürdigt werden würde. Auch Preußens Beruf sei es stets gewesen, das Reich zu schaffen. So habe er als preussischer Justizminister das Gesetz vom 30. Januar dieses Jahres mit besonderer Freude begrüßt, und er sichere dem Reichsjustizminister nachdrückliche Mitarbeit an der der Justiz gestellten großen Aufgabe zu.

Die gleiche Zusicherung gab namens der bayerischen Justizverwaltung Ministerialrat Dr. Meutel ab. Sodann wurden Einzelfragen besprochen. Im Anschluß fand ein Empfang bei Ministerpräsident Freiherr v. Killinger statt. Für den Abend ist ein Empfang durch den Reichsstatthalter vorgesehen.

Einheitliche Justiz

Dr. Gürtner über den Gemeinschaftsgedanken des Rechts 100-Jahr-Feier des Oberlandesgerichts Kiel

Das Oberlandesgericht Kiel beging am Donnerstag seine 100-Jahr-Feier mit einem Festakt in der Aula der Kieler Universität, die durch eine Rede des Reichsministers der Justiz, Dr. Gürtner, ihre besondere Note erhielt.

Oberlandesgerichtspräsident Dr. Martin richtete herzliche Begrüßungsworte an die Festversammlung. Sein besonderer Gruss galt dem Minister, dem er den Dank dafür aussprach, dass er diesen Festtag in Kiel mit zu begehen gekommen sei. Hierauf ergriff der

Reichsminister der Justiz, Dr. Gürtner,

das Wort zu Ausführungen über das Thema „Einheitliche Justiz im einheitlichen Reich“. Er führte u. a. aus:

Wir haben erlebt, wie der Krieg mit eiserner Faust dem deutschen Volk eine Lehre anschaulich gemacht hat, die heute das Fundament der deutschen Zukunft geworden ist. Der Weltkrieg hat diesem Geschlecht die Lehre eindringlich beigebracht, dass es ein Schicksal des einzelnen, das sich lösen kann von dem der Nation, nicht gibt, dass das Leben des einzelnen seinen Wert und Sinn und seine Bedeutung nur gewinnen kann als Teil der Gemeinschaft, als Teil seines Volkes. Dieses Erlebnis drohte nach Beendigung des Krieges verloren zu gehen. Einem Manne ist es gelungen, den Funken dieses Erlebens durch Jahre der Wirrnis und des Verfalls nicht nur zu erhalten, sondern zur grossen, die ganze Nation ergreifenden Flamme anzufachen.

Der Führer und Kanzler war es, der dieses Kriegserlebnis nicht nur zur volkerfüllenden Idee, sondern nach etwa 14jährigem Kampfe zur wirklichen Tat gemacht hat. So haben wir es nach Kriegsnot und -tod erleben dürfen, dass ein Mann das deutsche Volk zu neuem Leben erweckte. Bei einem Umschwung in diesem Ausmass ist in der Geschichte in der Regel an den neuen Machthaber bald die Frage gestellt worden: „Wie stellst du dich zu Recht und Richter?“ Der Führer und Kanzler hat zu dieser Frage in seiner allerersten Kanzlerrede vor dem Deutschen Reichstag Stellung genommen und sich dort in eindeutiger und schlichter Weise dazu bekannt, dass

der neue Staat nur auf dem Boden einer Rechtsordnung stehen könne,

dass das Recht nur von unabhängigen Richtern gesprochen werden könne.

Dass eine Umwälzung, wie wir sie erlebt haben, auch an die Grundlagen des Rechts rütteln muss, ist unabwendbar. Auch dazu hat der Führer bereits sein Bekenntnis abgelegt. Nicht das Individuum kann Gegenstand gesetzlicher Sorge sein, sondern das Volk. Die Rechtsordnung kann nicht den Lebensbezirk eines einzelnen abgrenzen und zu schützen suchen, sondern

das Recht kann nur geschaffen und verstanden werden
als die Ausdrucksform des Lebens des Volkes.

Und wenn der einzelne nur seine Bedeutung als Genosse des Volkes hat und haben kann, so kann auch das Recht seine Grundlage nur haben in den Rechten der Gemeinschaft.

Die Aufgabe, die Formen des Reiches und den Apparat, den der Staat gebraucht, um Recht und Gesetz zu schöpfen, zu vereinheitlichen, stellt nur einen Teilausschnitt aus dem grossen Gebiet der Neugestaltung des Reiches überhaupt dar. Die Herbeiführung dieses Zieles ist heute keine politische Frage mehr und keine Frage der Zweckmässigkeit, sondern sie ist die nächste Folgerung aus dem grossen Gedanken des Führertums.

Wo die Grundlagen des gesamten öffentlichen Lebens
innerlich eins geworden sind, müssen die äusseren
Formen dieser Entwicklung folgen.

Wir haben heute Anlass und Neigung, auf ein Jahrhundert der deutschen Geschichte zurückzublicken. Wir haben aber auch den Mut, auf die gleiche Spanne Zeit vor auszublicken. Wir tun das in der stolzen Ueberzeugung, dass wir an einem der vornehmsten Plätze vom Schicksal berufen sind, an dem Neuaufbau des Deutschen Reiches und Volkes mitzuwirken. Wir tun es mit der ebenso starken Zuversicht, dass wir dieses Ziel sicher und gut erreichen werden, weil der Kompass, der uns leitet, ruhig, fest und nicht schwankend ist. In dieser stolzen Ueberzeugung und Zuversicht grüsse ich das Oberlandesgericht Kiel zu seinem Ehrentag.

Die Feier erhielt einen weiteren Höhepunkt durch eine Ansprache des Staatssekretärs Staatsrat Dr. Freisler über „Richter, Recht und Gesetz“.

Datum 25. Jan. 1935

06702 - 0003 BEC

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 25.

Dr. Gürtner in Hamburg

Übernahme der Justizverwaltung Nord

Ein Reich — ein Recht auf das Reich

Der heutige Tag der feierlichen Übernahme der Justizverwaltungen der Ländergruppe Nord (Hamburg, Lübeck, Bremen, Mecklenburg und Oldenburg) durch das Reich hat eine große historische Bedeutung in der mehr als tausendjährigen Rechtsgeschichte des deutschen Volkes und insbesondere der zunächst beteiligten Länder. Schon der Ort dieser feierlichen Übernahme, das Hanseatische Oberlandesgericht, in dem die Rechtspflege der drei Hansestädte eine Spitze hat mit einem weit über die deutschen Grenzen hinausreichenden hohen Ansehen, unterstreicht die Bedeutung dieses 25. Januar 1935 als eines wichtigen Tages in der Kette der markanten Ereignisse auf dem Wege zu einer wirklich einheitlichen Reichsjustiz.

Schon durch das Reichsgesetz vom 5. Dezember 1934, das mit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist, sind alle Justizverwaltungen der deutschen Länder — es waren bisher immer noch etwa 17 — auf das Reich übergegangen. Als Beauftragter des Reichsjustizministers hat der Leiter der Abteilung Nord, einer Übergangseinrichtung von beschränkter Dauer, der hamburgische Justizsenator Dr. Rothemberger, im Laufe des Monats Januar bereits die Übernahme dieser Verwaltungen auf das Reich vollzogen. Der heutige feierliche Akt ist gewissermaßen nur die letzte symbolische Ausdrucksform, besonders herausgehoben durch den Staatsbesuch des Reichsjustizministers Dr. Gürtner, des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium Dr. Freisler, des zuständigen Sachbearbeiters, Ministerialrats Dr. Sauer, des persönlichen Referenten des Reichsjustizministers, Oberregierungsrat Dr. von Dohnanyi, der aus dem hamburgischen Justizdienst hervorgegangen ist, des Presseferenten im Reichsjustizministerium, Oberregierungsrat Dr. Doerner, und des persönlichen Referenten des Staatssekretärs, Amtsgerichtsrat Friedrich.

Der heutige Akt mit den ihm entsprechenden Vorgängen in den übrigen deutschen Ländern ist freilich noch nicht der Schlusstein in der mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus stürmisch einsetzenden Entwicklung zu dem Grundsatz: ein Reich — ein Recht. Es bleibt noch vieles zu tun übrig, aber man darf überzeugt sein, daß auch das noch mit der gleichen Konsequenz und mit derselben Beschleunigung geschafft werden wird. Und es wird geschafft werden in dem besonderen Rahmen und unter Berücksichtigung bewährter Überlieferungen aus der bisherigen deutschen Rechtsentwicklung: ohne schematische Gestaltung, ohne übertriebene Zentralisierung, und immer unter Wahrung des inneren Zusammenhanges zwischen den verschiedenen Teilgebieten der deutschen Rechtspflege, sowie der Gesamtentwicklung des neuen deutschen Einheitsreiches überhaupt. Es geht um eine große Rechtserneuerung auf allen Gebieten. Der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches ist in seinem allgemeinen Teil bereits sehr weit gediehen und durchberaten. Nicht minder beschleunigt wird die Gestaltung des besonderen Teiles

rechnen, sobald in wenigen Wochen die zweite Lesung durchgeführt sein wird, worauf sich dann das Reichskabinett mit dem Gesetzentwurf beschäftigen wird. Zu den weiteren Aufgaben zählt auch eine neue Strafprozeß-Ordnung, ein neues Gerichtsverfassungsgesetz, ein neues Strafvollzugsgesetz, um nur das Wichtigste anzudeuten.

Innerhalb dieses großen Rahmens bleibt dann noch eine Fülle von Einzelarbeiten von allgemeiner oder mehr regionaler Bedeutung, wobei sich auch mancherlei Auswirkungen auf die persönlichen Verhältnisse ergeben werden. Im allgemeinen wird der Personalkörper der einzelnen

Verwaltungslieder unberührt bleiben, dagegen werden Spitzenpersönlichkeiten wie sonstige besonders befähigte Kräfte in das Reichsjustizministerium übernommen werden. Nicht unwesentlich wird auch eine zu erwartende Umorganisation der Gerichtsalieder, eine Neuordnung im Instanzenzug und eine Neugestaltung der verschiedenen Rechtsbeziehungen in Anpassung an die zu erwartende Neuordnung des Reiches sein. Der Nachwuchs wird sich schon ganz anders als bisher in die neuen Verhältnisse einleben, wenn Referendare und Assessoren, ehe sie in die heimatische Justizverwaltung eintreten, eine mehrjährige Beschäftigung in den verschiedenen Gauen des Reiches durchmachen müssen. Als besonders erfreulich aber wird man es bezeichnen dürfen, daß die gesamte Justizbeamtenschaft der jetzt in die Reichsjustizverwaltung eingegliederten Landesjustizverwaltungen sich freudig zu den neuen Ideen bekennt und nicht nur paragraphenmäßig, sondern mit ihrem Denken und Fühlen an ihre Pflichten in dem neuen Rahmen herangeht. Es entspricht nur einer Gegenseitigkeit auch bei der Reichsjustizverwaltung, wenn, wie es in einer Pressebesprechung Oberregierungsrat Dr. Doerner heute vormittag zum Ausdruck brachte, der Reichsjustizminister Dr. Gürtner den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Justizverwaltungen in der Ländergruppe Nord seine besonderen Grüße übermittelt in der Erwartung, daß sie in alter Pflichttreue auch unter seiner Führung weiterarbeiten werden zum Wohle des Volkes und des Vaterlandes.

hgr.

Siehe auch Seite 2.

Wenden!

Dr. Gürtner in Hamburg

Übernahme der Justizverwaltung Nord

Ein Reich — ein Recht

Der heutige Tag der feierlichen Übernahme der Justizverwaltungen der Ländergruppe Nord (Hamburg, Lübeck, Bremen, Mecklenburg und Oldenburg) durch das Reich hat eine große historische Bedeutung in der mehr als tausendjährigen Rechtsgeschichte des deutschen Volkes und insbesondere der zunächst beteiligten Länder. Schon der Ort dieser feierlichen Übernahme, das Hanseatische Oberlandesgericht, in dem die Rechtspflege der drei Hansestädte eine Spitze hat mit einem weit über die deutschen Grenzen hinausreichenden hohen Ansehen, unterstreicht die Bedeutung dieses 25. Januar 1935 als eines wichtigen Tages in der Kette der markanten Ereignisse auf dem Wege zu einer wirklich einheitlichen Reichsjustiz.

Schon durch das Reichsgesetz vom 5. Dezember 1934, das mit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist, sind alle Justizverwaltungen der deutschen Länder — es waren bisher immer noch etwa 17 — auf das Reich übergegangen. Als Beauftragter des Reichsjustizministers hat der Leiter der Abteilung Nord, einer Übergangseinrichtung von beschränkter Dauer, der hamburgische Justizsenator Dr. Rothenberger, im Laufe des Monats Januar bereits die Übernahme dieser Verwaltungen auf das Reich vollzogen. Der heutige feierliche Akt ist gewissermaßen nur die letzte symbolische Ausdrucksform, besonders herausgehoben durch den Staatsbesuch des Reichsjustizministers Dr. Gürtner, des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium Dr. Freisler, des zuständigen Sachbearbeiters, Ministerialrats Dr. Sauer, des persönlichen Referenten des Reichsjustizministers, Oberregierungsrat Dr. von Dohnanyi, der aus dem hamburgischen Justizdienst hervorgegangen ist, des Pressereferenten im Reichsjustizministerium, Oberregierungsrat Dr. Doerner, und des persönlichen Referenten des Staatssekretärs, Amtsgerichtsrat Friedrich.

Der heutige Akt mit den ihm entsprechenden Vorgängen in den übrigen deutschen Ländern ist freilich noch nicht der Schlusstein in der mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus stürmisch einsetzenden Entwicklung zu dem Grundsatz: ein Reich — ein Recht. Es bleibt noch vieles zu tun übrig, aber man darf überzeugt sein, daß auch das noch mit der gleichen Konsequenz und mit derselben Beschleunigung geschafft werden wird. Und es wird geschafft werden in dem besonderen Rahmen und unter Berücksichtigung bewährter Überlieferungen aus der bisherigen deutschen Rechtsentwicklung: ohne schematische Gestaltung, ohne überspitzte Zentralisierung, und immer unter Wahrung des inneren Zusammenhanges zwischen den verschiedenen Teilgebieten der deutschen Rechtspflege, sowie der Gesamtentwicklung des neuen deutschen Einheitsreiches überhaupt. Es geht um eine große Rechtserneuerung auf allen Gebieten. Der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches ist in seinem allgemeinen Teil bereits sehr weit gediehen und durchberaten. Nicht minder beschleunigt wird die Gestaltung des besonderen Teiles betrieben. Mit einer Veröffentlichung ist zu

auf das Reich

rechnen, sobald in wenigen Wochen die zweite Lesung durchgeführt sein wird, worauf sich dann das Reichskabinett mit dem Gesetzesentwurf beschäftigen wird. Zu den weiteren Aufgaben zählt auch eine neue Strafprozeß-Ordnung, ein neues Gerichtsverfassungsgesetz, ein neues Strafvollzugsgesetz, um nur das Wichtigste anzudeuten.

Innerhalb dieses großen Rahmens bleibt dann noch eine Fülle von Einzelarbeiten von allgemeiner oder mehr regionaler Bedeutung, wobei sich auch mancherlei Auswirkungen auf die persönlichen Verhältnisse ergeben werden. Im allgemeinen wird der Personalkörper der einzelnen

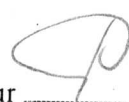
Verwaltungsämter unberührt bleiben, dagegen werden Spitzenpersönlichkeiten wie sonstige besonders befähigte Kräfte in das Reichsjustizministerium übernommen werden. Nicht unwesentlich wird auch eine zu erwartende Umorganisation der Gerichtsalienierung, eine Neuordnung im Instanzenzug und eine Neugestaltung der verschiedenen Rechtsbeziehungen in Anpassung an die zu erwartende Neualienierung des Reiches sein. Der Nachwuchs wird sich schon ganz anders als bisher in die neuen Verhältnisse einleben, wenn Referendare und Assessoren, ehe sie in die heimatische Justizverwaltung eintreten, eine mehrjährige Beschäftigung in den verschiedenen Gauen des Reiches durchmachen müssen. Als besonders erfreulich aber wird man es bezeichnen dürfen, daß die gesamte Justizbeamtenschaft der jetzt in die Reichsjustizverwaltung eingegliederten Landesjustizverwaltungen sich freudig zu den neuen Ideen bekennt und nicht nur paragrafenmäßig, sondern mit ihrem Denken und Fühlen an ihre Pflichten in dem neuen Rahmen herangeht. Es entspricht nur einer Gegenseitigkeit auch bei der Reichsjustizverwaltung, wenn, wie es in einer Pressebesprechung Oberregierungsrat Dr. Doerner heute vormittag zum Ausdruck brachte, der Reichsjustizminister Dr. Gürtner den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Justizverwaltungen in der Ländergruppe Nord seine besonderen Grüße übermittelt in der Erwartung, daß sie in alter Pflichttreue auch unter seiner Führung weiterarbeiten werden zum Wohle des Volkes und des Vaterlandes.

Siehe auch Seite 2.



Die Ankunft des Reichsjustizministers am Dammtorbahnhof.
Von links: der Beauftragte des Reichsjustizministers für die Ländergruppe Nord Senator
Dr. Rothenberger, Reichsjustizminister Dr. Gürtner, Senator Ahrens.

Phot. Frege.

Signatur 

06702_0004 BEC

Datum **21. Mai 1935**

Berliner Tageblatt

Nr. 978

Gürtner fährt ins Saarland

BERLIN, 21. Mai. (DNB)

Reichsjustizminister Dr. Gürtner begibt sich in Begleitung seiner Staatssekretäre Dr. Schlegelberger und Dr. Freisler heute abend zu einem Besuch der saarländischen Justizbehörden ins Saargebiet. Die Reise gibt dem Minister Gelegenheit, auch persönlich den saarländischen Justizbeamten den Dank und die Anerkennung für ihre in schwerer Zeit geleisteten Dienste auszusprechen. Im Verlauf der Reise, die den Minister durch das ganze Saargebiet führen wird, wird der Minister in Saarbrücken zu den Justizbeamten, -angestellten und -arbeitern sprechen und den Abend mit seiner Gefolgschaft zusammen verbringen.

06702 0005 BEC

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 263

Reichsjustizminister Dr. Gürtner in Köln und im Saargebiet.

⌘ Köln, 23. Mai. Reichsjustizminister Dr. Gürtner weilte zu einem kurzen amtlichen Besuch der Justizbehörden in Köln. Der Minister, in dessen Begleitung sich u. a. Staatssekretär Dr. Schlegelber, Ministerialdirigent Lutterloh und Ministerialrat Dr. Wille befanden, wurde im Kölner Oberlandesgericht von Oberlandesgerichtspräsident Dr. Bergmann begrüßt.

Dr. Gürtner erwiderte u. a., daß die persönliche Verbindung stets das beste Mittel zur Herstellung zweckmäßiger Zusammenarbeit sei. Er sei überzeugt, daß von dem Wirken außerhalb der Zentrale das Ansehen der Rechtspflege im wesentlichen abhängt. Häufig habe man beobachten können, daß der Dienst an der „Front“ nicht so hoch eingeschätzt werde wie die Tätigkeit bei der Zentralinstanz. Eine solche Auffassung sei jedoch durchaus unrichtig.

*
Saarbrücken, 23. Mai. (DNB.) Der Reichsminister der Justiz, Dr. Gürtner, ist am Mittwoch zu einem Besuch der saarländischen Justizbehörden im Saarland eingetroffen.

Am Donnerstag vormittag empfing der Pressereferent des Reichsjustizministers, Oberregierungsrat Dr. Doerner, die saarländische Presse und gab einige Erklärungen über die Rechtsangleichung im Saargebiet ab. Dann fand ein kleiner Empfang im neuen Landgerichtsgebäude statt, dem sich um 12 Uhr ein Empfang sämtlicher Justizbeamten, Angestellten und Arbeiter anschloß. Reichsjustizminister Dr. Gürtner wies darauf hin, daß der Besuch nicht etwa eine Art Höflichkeitsbesuch sei. Wir sind hierher gekommen, führte er u. a. aus, um unserer tiefsten Empfinden für unsere Gemeinschaft auch in dem Kreis, der uns beruflich zusammenführt, Ausdruck zu geben. Eine Rechtsprechung, die nicht auf dem Fundament einer Staatsgewalt ruht, ist ein schlechthin unlösbares Problem, und wer hier in den letzten 15 Jahren Recht gesprochen hat, der stand nicht auf einem solchen Fundament, sondern hinter ihm stand ein aus Zweckmäßigkeitsgründen zusammengesetztes Verwaltungskollegium, losgelöst von jeder Volksverbundenheit. Wir kennen die Schwierigkeiten der letzten 15 Jahre. Um so größer ist der Dank. Es bedarf

nun einiger Zeit, bis unsere Arbeit überall im deutschen Volk gleichmäßig, gleichwertig und einheitlich ist. Mit der Reform der Reichsjustiz ist noch keineswegs innerlich die Wandlung vollzogen. Das gilt nicht nur im Saarland. Aber wir haben Geduld, um sie sich entwickeln zu lassen, weil wir überzeugt sind, daß der Augenblick aller auf das gleiche Ziel gerichtet und weil wir das Vertrauen haben, daß wir alle den gleichen Weg gehen wollen.

Datum 22. Nov. 1935

06702 0006 BEC

Kölnische Zeitung

Nr. 592.93

Alte und neue Rechtsfindung

Die Einführung der großen Senate des Reichsgerichts

zwei besondere wichtige Aufgaben

Ausführungen Gürtners

dnb Leipzig, 21. November.

Der Reichsminister der Justiz Dr. Gürtner hielt bei der Einführung der Großen Senate des Reichsgerichts eine längere Rede, in der er ausführte:

Seit der Übernahme der Macht durch den Nationalsozialismus bemühen wir uns, das deutsche Recht auf allen Gebieten auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung zu erneuern. Diese Aufgabe kann der Gesetzgeber allein nicht erfüllen, er muß sie mit dem Richter teilen, der das Recht anwendet. Das oberste Gericht des Deutschen Reiches steht deshalb bei der Erneuerung des Rechtes in vorderster Linie. Das Gesetz vom 28. Juni 1935 spricht das in folgenden Worten aus:

Das Reichsgericht als höchster deutscher Gerichtshof ist berufen, darauf hinzuwirken, daß bei der Auslegung des Gesetzes dem durch die Staatserneuerung eingetretenen Wandel der Lebens- und Rechtsanschauung Rechnung getragen wird.

Der V. Straffenat des Reichsgerichts hat deshalb in einem Urteil vom 1. August d. J. mit Recht ausführen können: Der Gesetzgeber habe dadurch eine hohe Auffassung von der Bedeutung des höchsten Richteramtes bewiesen. Er habe damit zu erkennen gegeben, welche Stellung dem Reichsgericht im heutigen Staate zukomme. Jene Aufgabe sei nur ein Ausfluß dieser Stellung, die der Gesetzgeber dem Reichsgericht offensichtlich nicht erst habe zuweisen wollen, die es vielmehr nach seiner erkennbaren Meinung jetzt schon inne habe.

Um dem Reichsgericht die Erfüllung dieser Aufgabe zu erleichtern, erschien es zweckmäßig und notwendig, die bisherige Bindung an die frühere Rechtsprechung zu lösen. Dieser Gedanke ist gar nicht neu. Schon auf dem Juristentag in Lübeck im Jahre 1931 wurde gefordert, bei der Einführung der Strafrechtsreform die Bindung des Reichsgerichts an seine frühere Rechtsprechung aufzuheben. Schon damals also war man der Meinung, daß es nicht gut sei, an Überlieferung festzuhalten, wenn neue Fundamente gelegt worden sind. Wer etwa in dieser Freistellung des Reichsgerichts die Rundgebung eines Misstrauens gegen seine frühere Rechtsprechung erblicken wollte, würde weit in die Irre gehen; denn jede Zeit hat das Recht und die Rechtsprechung, die ihrer geistigen und sittlichen Haltung entspricht.

Daraus folgt, daß heute jeder Richter die Anwendung des Rechts nach den Grundanschauungen auszurichten hat, die das deutsche Volk seit seiner Einigung neu gewonnen hat, und um deren Festhaltung und Vertiefung mir uns täglich

Es ist, wie bisher, der Hüter der Einheit des Rechtes in allen deutschen Gauen und innerhalb seiner eignen Recht sprechenden Kollegien, seiner Senate. Die erste Aufgabe soll dadurch erleichtert werden, daß das Gebiet der Revision gerade da erweitert worden ist, wo es sich darum handelt, die neuen Wege der Rechtsprechung zu finden und zu sichern. Die zweite Aufgabe dadurch, daß die innere Einrichtung des Reichsgerichts technisch verbessert und durch die Errichtung der Großen Senate beweglicher gestaltet worden ist. Die Großen Senate bestehen aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten als ständigen Mitgliedern und sieben Mitgliedern des Gerichts, von denen alljährlich jeweils die Hälfte ausscheidet. Durch diese persönliche Zusammensetzung glaubt der Gesetzgeber eine Gewähr für die Stetigkeit der obersten Rechtsprechung gegeben und die Gefahr irgendeiner Erstarrung gebannt zu haben. Die Großen Senate treten in Tätigkeit, wenn innerhalb des Reichsgerichts selbst über eine Rechtsfrage verschiedene Auffassungen bestehen, und haben die Aufgabe, in diesem Fall in kurzer Zeit und autoritär zu entscheiden. Soll in einem Land

die Einheit der Rechtsprechung wirklich gesichert sein, so ist ein solches endgültig entscheidendes Kollegium beim obersten Gerichtshof unentbehrlich. Es hat beim Reichsgericht, wenn auch in einer etwas andern Form, bisher bestanden.

Das Tätigkeitsgebiet des Obersten Gerichtshofs überhaupt und der Großen Senate wird in der nächsten Zukunft wohl umfangreicher sein als in der jüngsten Vergangenheit, jedenfalls auf den Rechtsgebieten, deren Erneuerung mit dem Wandel weltanschaulicher und sittlicher Grundanschauung in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Das gilt in diesem Augenblick in besonderem Maß vom Strafrecht.

Wie schon aus den Gesetzen ersichtlich ist, die bisher zur Erneuerung des Strafrechts erlassen wurden, wird

das künftige deutsche Strafrecht

nicht bloß vielfach andre Strafdrohungen enthalten als bisher, auch die Fassung der Tatbestände wird in sehr vielen Fällen derart sein, daß sie dem Richter eine größere Freiheit und damit freilich auch eine größere Verantwortung bei der unmittelbaren Anwendung des Gesetzes gewährt. Das ist aber nicht die Hauptsache. Dem Richter wird vielmehr — und das ist schon geltendes Recht — die Aufgabe zugewiesen, durch entsprechende Anwendung des Gesetzes auf dem Gebiet der Rechtschöpfung eine Tätigkeit zu entfalten, die ihm nach dem bisherigen Recht versagt gewesen ist.

Ein Grundsatz des bisherigen Strafrechts, der sogar im Wortlaut in die Weimarer Verfassung aufgenommen wurde, lautete:

Alte und neue Rechtsfindung

Die Einführung der großen Senate des Reichsgerichts

zwei besondere wichtige Aufgaben

Ausführungen Gürtners

am Freitag, 21. November.

Der Reichsminister der Justiz Dr. Gürtner hielt bei der Einführung der Großen Senate des Reichsgerichts eine längere Rede, in der er ausführte:

Seit der Übernahme der Macht durch den Nationalsozialismus bemühen wir uns, das deutsche Recht auf allen Gebieten auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung zu erneuern. Diese Aufgabe kann der Gesetzgeber allein nicht erfüllen, er muß sie mit dem Richter teilen, der das Recht anwendet. Das oberste Gericht des Deutschen Reiches steht deshalb bei der Erneuerung des Rechtes in vorderster Linie. Das Gesetz vom 28. Juni 1935 spricht das in folgenden Worten aus:

Das Reichsgericht als höchster deutscher Gerichtshof ist berufen, darauf hinzuwirken, daß bei der Auslegung des Gesetzes dem durch die Staatserneuerung eingetretenen Wandel der Lebens- und Rechtsanschauung Rechnung getragen wird.

Der V. Strafsenat des Reichsgerichts hat deshalb in einem Urteil vom 1. August d. J. mit Recht ausführen können: Der Gesetzgeber habe dadurch eine hohe Auffassung von der Bedeutung des höchsten Richteramtes bewiesen. Er habe damit zu erkennen gegeben, welche Stellung dem Reichsgericht im heutigen Staate zukomme. Jene Aufgabe sei nur ein Ausfluß dieser Stellung, die der Gesetzgeber dem Reichsgericht offensichtlich nicht erst habe zuweisen wollen, die es vielmehr nach seiner erkennbaren Meinung jetzt schon inne habe.

Um dem Reichsgericht die Erfüllung dieser Aufgabe zu erleichtern, erschien es zweckmäßig und notwendig, die bisherige Bindung an die frühere Rechtsprechung zu lösen. Dieser Gedanke ist gar nicht neu. Schon auf dem Juristentag in Lübeck im Jahre 1931 wurde gefordert, bei der Einführung der Strafrechtsreform die Bindung des Reichsgerichts an seine frühere Rechtsprechung aufzuheben. Schon damals also war man der Meinung, daß es nicht gut sei, an Überlieferung festzuhalten, wenn neue Fundamente gelegt worden sind. Wer etwa in dieser Freistellung des Reichsgerichts die Rundgebung eines Mißtrauens gegen seine frühere Rechtsprechung erblicken wollte, würde weit in die Irre gehen; denn jede Zeit hat das Recht und die Rechtsprechung, die ihrer geistigen und sittlichen Haltung entspricht.

Daraus folgt, daß heute jeder Richter die Anwendung des Rechts nach den Grundanschauungen auszurichten hat, die das deutsche Volk seit seiner Einigung neu gewonnen hat, und um deren Festigung und Vertiefung wir uns täglich bemühen.

Das Reichsgericht hat darüber hinaus noch

Es ist, wie bisher, der Hüter der Einheit des Rechtes in allen deutschen Gauen und innerhalb seiner eignen Recht sprechenden Kollegien, seiner Senate. Die erste Aufgabe soll dadurch erleichtert werden, daß das Gebiet der Revision gerade da erweitert worden ist, wo es sich darum handelt, die neuen Wege der Rechtsprechung zu finden und zu sichern. Die zweite Aufgabe dadurch, daß die innere Einrichtung des Reichsgerichts technisch verbessert und durch die Errichtung der Großen Senate beweglicher gestaltet worden ist. Die Großen Senate bestehen aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten als ständigen Mitgliedern und sieben Mitgliedern des Gerichts, von denen alljährlich jeweils die Hälfte ausscheidet. Durch diese persönliche Zusammensetzung glaubt der Gesetzgeber eine Gewähr für die Stetigkeit der obersten Rechtsprechung gegeben und die Gefahr irgendeiner Erstarrung gebannt zu haben. Die Großen Senate treten in Tätigkeit, wenn innerhalb des Reichsgerichts selbst über eine Rechtsfrage verschiedene Auffassungen bestehen, und haben die Aufgabe, in diesem Fall in kurzer Zeit und autoritär zu entscheiden. Soll in einem Land

die Einheit der Rechtsprechung wirklich gesichert sein, so ist ein solches endgültig entscheidendes Kollegium beim obersten Gerichtshof unentbehrlich. Es hat beim Reichsgericht, wenn auch in einer etwas andern Form, bisher bestanden.

Das Tätigkeitsgebiet des Obersten Gerichtshofs überhaupt und der Großen Senate wird in der nächsten Zukunft wohl umfangreicher sein als in der jüngsten Vergangenheit, jedenfalls auf den Rechtsgebieten, deren Erneuerung mit dem Wandel weltanschaulicher und sittlicher Grundauffassung in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Das gilt in diesem Augenblick in besonderem Maß vom Strafrecht.

Wie schon aus den Gesetzen ersichtlich ist, die bisher zur Erneuerung des Strafrechts erlassen wurden, wird

das künftige deutsche Strafgesetzbuch

nicht bloß vielfach andre Strafdrohungen enthalten als bisher, auch die Fassung der Tatbestände wird in sehr vielen Fällen derart sein, daß sie dem Richter eine größere Freiheit und damit freilich auch eine größere Verantwortung bei der unmittelbaren Anwendung des Gesetzes gewährt. Das ist aber nicht die Hauptsache. Dem Richter wird vielmehr — und das ist schon geltendes Recht — die Aufgabe zugewiesen, durch entsprechende Anwendung des Gesetzes auf dem Gebiet der Rechtschöpfung eine Tätigkeit zu entfalten, die ihm nach dem bisherigen Recht versagt gewesen ist.

Ein Grundsatz des bisherigen Strafrechts, der sogar im Wortlaut in die Weimarer Verfassung aufgenommen wurde, lautete:

Eine Handlung kann nur dann mit einer Strafe belegt werden, wenn diese Strafe gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde. D. h. eine Handlung, für deren Bestrafung eine gesetzliche Bestimmung fehlte, mußte straflos bleiben, auch wenn sie nach der Anschauung des Volkes und vielleicht auch des Täters noch so verwerflich oder volkschädigend war.

Diese Rechtslage hat wie oft im Volke die Vorstellung erweckt, daß es dem gerissenen Ver-

brecher immer wieder gelinge, „durch die Maschen des Gesetzes zu schlüpfen“ eine Vorstellung, die in der Regel mit einer schweren Verletzung des Rechtsgefühls verbunden und von einem allgemeinen Mißtrauen in Recht und Gericht begleitet war.

Es ist freilich übertrieben, zu glauben, der Richter der Vergangenheit sei so an den Wortlaut der Gesetze gebunden gewesen, daß er es nicht wagen konnte, über die Buchstabengrenze der Worte hinaus den kleinsten Schritt zu tun. Der deutsche Richter ist sicherlich jederzeit bemüht gewesen, trotz der scharfen Bindung an das Gesetz dieses sinnvoll auszulegen. Das gilt insbesondere vom Reichsgericht, das in steigendem Maße bei der Auslegung von Gesetzen bis an Grenzen gegangen ist, die man gerade noch als Auslegung bezeichnen darf. Denn auch der weitesten Auslegung sind schließlich Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden können.

Eine grundsätzliche Wandlung

In diesem Punkt hat das Recht der Gegenwart eine grundsätzliche Wandlung gebracht. Das Gesetz gilt nicht mehr als das Recht schlechthin, sondern als die freilich hervorragendste Ausdrucksform des Rechts, dessen Quelle zutiefst im Empfinden im Gewissen des Volkes liegt. Es ist hier nicht der Ort, über diese Quelle des Rechts eine Betrachtung anzustellen; darüber wird heute noch von anderer Seite gesprochen werden. Es genügt im Rahmen unserer Ausführung folgendes festzuhalten. Wenn künftig eine Handlung nach dem Gewissen des Volkes als unerlaubt, rechtswidrig, strafbar empfunden wird, und es findet sich kein Gesetz, das auf diese Handlung unmittelbar zutrifft, so darf der Richter freilich nicht nach freiem Ermessen den Täter schuldig sprechen und eine Strafe verhängen. Das würde eine völlige Loslösung des Richters vom Gesetz bedeuten. Sondern der Richter hat in diesem Falle zu prüfen, ob der Rechtsgedanke, der die Bestrafung dieser Handlung fordert, im Strafgesetz einen sichtbaren Ausdruck gefunden hat. Trifft das aber zu und nur dann, wenn diese Voraussetzung gegeben ist, dann soll er das Gesetz anwenden, dessen Grundgedanke auf die Tat am besten zutrifft.

Die Kritik des Auslandes an der deutschen Strafrechtsreform hat da und dort behauptet, der deutsche Richter sei künftig in der Lage, nach freiem Ermessen Tatbestände zu erfinden und Strafen zu verhängen. Ich glaube, deutlich gemacht zu haben,

daß diese Kritik von einer falschen tatsächlichen Voraussetzung ausgeht. Es wäre nicht nur mit der Natur des Strafrechts, sondern mit der Vorstellung einer Volksgemeinschaft völlig unvereinbar, wollte man die Anwendung einer Strafandrohung, losgelöst von dem in der Rechtsordnung zum sichtbaren Ausdruck gekommenen Rechtsgedanken, dem Ermessen des Richters überlassen.

Wir müssen uns darüber völlig im klaren sein, daß

die Methode der Rechtsfindung,

wie sie dem Gesetzgeber vorzuziehen ist, etwas grundsätzlich anderes ist als die Auslegung im bisherigen Sinn. Schon der Gesetzgeber wird sich bemühen, die tragenden Rechtsgedanken bei den einzelnen Gebieten des Strafrechts in der Fassung der Gesetze, in den Überschriften der Abschnitte, möglichst deutlich zu machen. Wenn etwa der Abschnitt, in dem die Hehlerei behandelt wird, die Bezeichnung trägt „Beteiligung an dem verbrecherischen Gewinn eines andern“, so wird es sicher keine Schwierigkeit bereiten, den Fehler, der das gestohlene Geld an sich bringt, und den Fehler, der den Ring an sich bringt, der, wie er weiß, mit dem gestohlenen Geld gekauft wurde, völlig gleich zu behandeln. Die leitenden Rechtsgedanken des Strafrechts ihrem sittlichen Gehalt nach zu erkennen, zu vervollkommen und zu veredeln, das ist die höchste und schönste Aufgabe, die das neue Strafrecht dem deutschen Richter und insbesondere dem obersten Gerichtshof in die Hand gegeben hat.

Daß die Rechtschöpfung durch entsprechende Anwendung des Gesetzes bei den vielen Gerichten im Deutschen Reich da und dort im Anfang zu manchen Unstimmigkeiten führen kann, darüber besitze ich schon jetzt einige Anhaltspunkte. Wenn z. B. ein Amtsgericht einen Angeklagten der Übertretung gegen Paragraph 2 des Strafgesetzbuches schuldig spricht und ihn zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt, so ist die Vorstellung von der entsprechenden Anwendung des Gesetzes nicht ganz übereinstimmend mit der des Gesetzgebers. Wo aber ein völlig neuer Weg beschritten wird, geht es im Anfang ohne Irrtümer und Fehler nicht ab. Man kann das auch in Kauf nehmen, weil das oberste Gericht in der Lage ist, solche Irrtümer zu beseitigen und solche Fehler wieder gutzumachen. Das deutsche Volk und die deutsche Reichsregierung haben zu ihrem obersten Gerichtshof das Vertrauen, daß er auch auf dem neuen Wege der Rechtsfindung der ihm zugewiesenen Aufgabe gerecht werden wird. Gehen Sie diesen Weg mit Mut und mit Vorsicht, dann wird die Rechtsprechung und das Volksgewissen im harmonischen Einklang sein.

06702 0007 BEC

Hamburger Fremdenblatt

Nr.

Einheitliche Ausbildung des Rechtswahrer-Nachwuchses

dn. Reichsjustizminister Dr. Gürtner hat im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern am 4. Januar eine Verordnung über die Befähigung zum Richteramt, zur Staatsanwaltschaft, zum Notariat und zur Rechtsanwaltschaft erlassen, die die Ausbildung des Rechtswahrernachwuchses im ganzen Reich einheitlich regelt und am 1. April in Kraft tritt. Für das Altreich bringt die Neuregelung in mehrfacher Hinsicht bedeutungsvolle Änderungen: Die Ausbildung der Gerichtsreferendare bei der Verwaltung ist nicht mehr zwingend vorgeschrieben, sondern in das Ermessen des Referendars gestellt. So ist es möglich, die Referendare, die nicht zur Verwaltung gehen, ohne Verlängerung des Vorbereitungsdienstes gründlicher mit den Aufgaben des Richters, Staatsanwaltes, Notars und Rechtsanwaltes vertraut zu machen. Weiter sind in die Justizausbildungsordnung Richtlinien für die Ausbildung in den einzelnen Abschnitten aufgenommen worden. Sie tragen dem Streben der Referendare nach selbständiger Tätigkeit in dem Maße Rechnung, das mit der Rücksicht auf die Rechtsuchenden vereinbar ist. In der ersten Prüfung ist die Frist zur Auffertigung der häuslichen Arbeit von drei auf vier Wochen verlängert worden. Im übrigen beseitigt die Verordnung die letzten landesrechtlichen Besonderheiten.

„Recht ist Dienst am Ganzen“

Gürtner und Freisler eröffnen den Fortbildungslehrgang im Devisenstrafrecht

Von unserem Berichterstatter

ot. Aachen, 1. 3.

In festlicher Form wurde Dienstagabend in Anwesenheit von Reichsjustizminister Dr. Gürtner, Staatssekretär Dr. Freisler, Gauleiter Grohé und zahlreichen Ehrengästen aus Partei und Justiz der achttägige Fortbildungslehrgang im Devisenstrafrecht eröffnet, der 160 Richter und Staatsanwälte aus den Grenzbezirken des Reiches, aus der Ostmark und dem Sudetenland in Aachen zu ernster Arbeit vereinigen wird.

Nach einer Begrüßungsaussprache des Oberbürgermeisters der Stadt Aachen, Jansen, ergriff der Reichsjustizminister das Wort. Er erinnerte an den ersten Versuch in Jena, Richter und Staatsanwälte zu einem Fortbildungslehrgang zusammenzufassen, um ihnen die Weiterbildung auf einem Gebiet, das außerhalb des allgemeinen Strafrechts liege, zu ermöglichen. Dieser Versuch sei damals ausgezeichnet gelungen.

Auch das Devisenstrafrecht stelle nur einen kleinen, aber sehr wichtigen Ausschnitt des allgemeinen Strafrechtes dar. Wenn man die Frage aufwerfe, was Justiz und Wirtschaft miteinander zu tun hätten, so müsse man antworten, daß wir heute in einer Zeit leben, in der die Führung des Volkes auch die Steuerung und Planung der gesamten deutschen Wirtschaft übernommen habe, und daß sie dabei unter allen Umständen ihren Willen zur Geltung bringen müsse. Dazu gehöre als letztes und äußerstes Mittel die Strafverfolgung. Weder könne unsere heutige Wirtschaftsführung auf die Justiz verzichten, noch dürfe sich die Justiz dieser Aufgabe entziehen. Das Lebensprinzip „Gleiches Recht für alle und gegen alle“ gelte auch hier. Jede Wandlung dieses Lebensgrundsatzes würde auch das Recht in Willkür verwandeln. Die Tätigkeit des Richters und Staatsanwalts sei aller Öffentlichkeit ausgelegt. Die völlige Hingabe des Rechtswahrsers an den Dienst am Reich sei darum die feste Grundlage seines Wirkens. Der Reichsminister schloß mit den besten Wünschen für einen guten Erfolg des Lehrganges.

Staatssekretär Dr. Freisler gab dann in seinem Vortrag „Reich und Recht“ einen Überblick über die Entwicklung des Rechts während der letzten Jahrtausende, wobei er von dem germanischen Rechtsleben ausging. Die erste Norm des Rechts sei die Pflicht zum Dienst am Ganzen. Genau so wie der Führer von Volk und

Staat diese Pflicht durch die Tat anerkenne, so müsse dieses erste Recht das Gesetz des Handels für jedes Volksglied sein. Im Leben des Volkes gebe es im Grunde nur ein Recht, des Volkes Lebensrecht. Alles andere diene ihm in Pflichtverbundenheit. Die Einstellung auf das Ganze beherrsche das Arbeitsrecht, das Kaufmannsrecht, das Bodenrecht, die gemeindliche Selbstverwaltung und die ständische Reichsorganisation. Staatssekretär Freisler schilderte dann, wie mit dem Zerfall des Reiches auch das Recht zerfallen sei.

Während der Zeitgeist von der Gleichheit alles dessen gefaselt habe, was Menschenanfällig trage, hätte das Recht weltfremd von „Vertragsfreiheit“ geschwärmt; Aussperrung, Streit und Klassenkampf seien zu Rechtsbegriffen geworden. Mit dem Neubau des Reiches seien auch Volk, Reich und Recht aneinander emporgewachsen; denn jeder Wandel sei zugleich ein Wandel des Rechtsganzen, und nichts sei außerhalb des Rechts geschehen. Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, das Ehegesundheitsgesetz und das Erbgesundheitsgesetz seien tragende Pfeiler des Rechtsbaues.

Heute ist der Staat, so zitierte Staatssekretär Freisler ein Wort des Führers, politisch wie rechtlich eine Erscheinungsform des Volksorganismus. Die Volkserneuerung des Nationalsozialismus war auch eine Revolution des Rechts, und den größten Kampf unseres Volkes hat der Führer als Rechtskampf geführt. Die Gründung des Großdeutschen Reiches war der Sieg des einzigen Rechts, das absolut in der Welt gelte, nämlich des Lebensrechts eines jugendstarken, einsatzbereiten und in sich geschlossenen Volkes. Dieses Recht konnte siegen, weil überall sonst unser Recht nicht auf Vorrechten, sondern auf Pflichten aufbaue. Was sei es anders als ein Bekenntnis zur Pflicht als dem Wesen des Rechts, so fragte Dr. Freisler, was unsere Bewegung durch freiwillig gebrachte Opfer zur treibenden Kraft des größten Gemeinschaftswerkes aller Zeiten erhob? Es sei die höchste Vollendung des Rechts, daß es im Inneren des Volkes lebe und vom Gewissen des Volkes getragen werde. So habe der Nationalsozialismus ein Reich des Rechts erbaut und baue es weiter aus. Und so lebe dieses Recht durch die sittliche Kraft des Volkes und durch die Macht des Reiches, unsere Freiheit sichernd, und darum seien auch die Wähler des Rechts Soldaten des Führers und Kämpfer des Volkes.

Gürtner, Dr.

Signatur.....

06702 0009 BEC

Datum

31. Mai 1939

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

27 1

Nr.

Der Reichsjustizminister in Rom.

Rom, 30. Mai. (DNB.) Reichsjustizminister Dr. Gürtner ist aus Berlin kommend am Montagabend in Rom eingetroffen, wo sich der italienische Justizminister Solmi zur Begrüßung eingefunden hatte. Der Reichsjustizminister hält am Dienstag in italienischer Sprache einen Vortrag über das neue deutsche Strafrecht.

0 6 7 0 2 0010 BEC

Datum 1. Juni 1939

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 274

Der Reichsjustizminister in Rom.

Rom, 31. Mai. (DNB.) Reichsjustizminister Dr. Gürtner hielt am Dienstag in der vollbesetzten Sala Boschini in italienischer Sprache einen Vortrag über die Grundgedanken des deutschen Strafrechts und des Strafvollzugs. Ausgehend von einer Schilderung des geltenden Rechtszustandes gab er einen Überblick über die bevorstehende Neuordnung des Strafvollzugs im nationalsozialistischen Deutschland und hob dabei die besonderen Aufgaben auf dem Gebiete des Jugendstrafvollzugs und des Strafvollzugs an Erstbestraften hervor.

* Rom, 31. Mai. Reichsjustizminister Dr. Gürtner ist Dienstagabend von Mussolini im Palazzo Venezia empfangen worden. Während der über eine halbe Stunde dauernden Unterredung hat der Duce besonders für die Behandlung der Jugend im deutschen Strafrecht und den Strafvollzug als wichtigste Frage für die Kriminalität, ferner für die Bewegung der Kriminalstatistik sowie für den Grundsatz, daß erziehbare Leute durch den Strafvollzug der Volksgemeinschaft wiedergewonnen und nicht erziehbare ausgeschieden werden müssen, lebhaftes Interesse bekundet.

Gürtner, Dr.

Signatur.....

06702

0011 BEC

Datum 3. Juni 1939

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 278

Reichsminister Dr. Gürtner bei Graf Ciano.

Rom, 2. Juni. (DNB.) Reichsjustizminister Dr. Gürtner wurde am Donnerstag von Außenminister Graf Ciano empfangen. Der Unterredung, die Fragen rechtlicher und allgemeiner Natur betraf, wohnte auch der italienische Justizminister Solmi bei.

Der Neue Tag (Prag)

Nr. 31

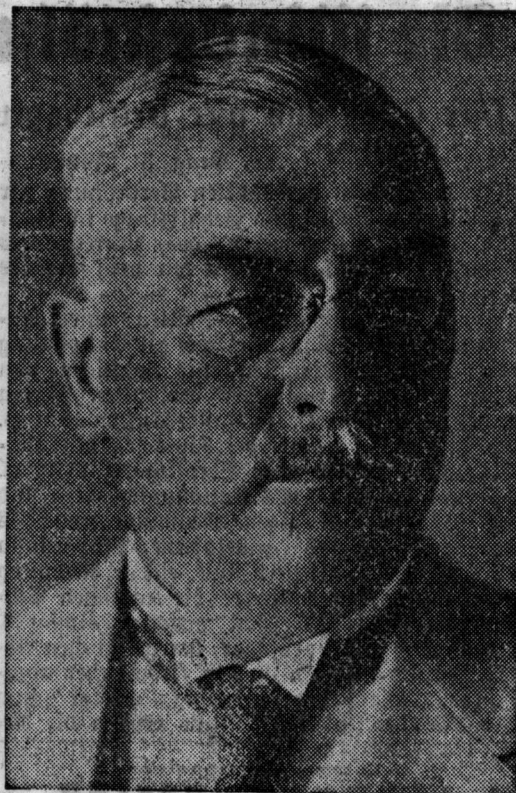
Dr. Gürtner in Prag

Prag, 31. Jänner.

Heute mittag traf der Reichsminister der Justiz Dr. Gürtner in Prag ein. Er bezog sich ins Czernin-Palais, wo er Gast des Reichsprotectors ist. Morgen vormittag werden der Reichsprotector und der Reichsminister Doktor Gürtner den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Buertke und den Generalkassanwalt Gabriel in ihre Aemter einführen.

Verantwortungsschwer ist die Aufgabe, die Justizverwaltung eines großen Staates zu leiten. Sie steigert sich ins Riesenhafte in einer Zeit des Umbruchs, wie sie Deutschland durchlebt. Als der Führer Dr. Gürtner an die Spitze des Reichsjustizministeriums stellte, gab es eine Fülle schwierigster Aufgaben zu lösen: Rechtsprechung und Volksempfinden klappten weit auseinander, das geschriebene Recht entsprach vielfach nicht den Anforderungen, die im nationalsozialistischen Reich gestellt werden mußten. Die Leitung der Justiz war entsprechend dem damaligen verfassungsrechtlichen Aufbau des Reiches in 16 Landesjustizverwaltungen zersplittert; einer ungeheuren wirtschaftlichen Not, gekennzeichnet durch das Millionenheer der Arbeitslosen, mußte auch durch gesetzgeberische Hilfsmaßnahmen begegnet werden. Mit frischem Mut und staatsmännischem Geschick ging Dr. Gürtner ans Werk: in schneller Folge wurden die dringlichsten gesetzgeberischen Fragen gelöst und weitausschauende Gesetzesreformen eingeleitet. Die Verwaltung der deutschen Justiz wurde von den Landesministerien auf das Justizministerium des Reiches übernommen und vereinheitlicht; in mühevollster Kleinarbeit wurden die Rechtswahrer ausgerichtet auf das große Ziel einer volksverbundenen Rechtsprechung.

Noch waren all diese Arbeiten nicht abgeschlossen, da drängten neue Aufgaben größten



Reichsminister Dr. Gürtner.

Ausmaßes: es galt, die Justiz der ins Reich heimgekehrten Gebiete in die großdeutsche Justiz einzugliedern, 1935 das Saarland, 1938 Oesterreich und die sudetendeutschen Gebiete, 1939 die deutsche Gerichtsbarkeit Böhmen und Mähren und in den letzten Monaten die wiedergewonnenen Gebiete Danzig, Westpreußen, Posen und Oberschlesien; dazu trat um die Jahreswende die Unterbringung der volksdeutschen Rechtswahrer aus dem Baltikum und aus Südtirol. Es bedurfte der großen Arbeitskraft, des gewaltigen fachlichen Könnens und des staatsmännischen Blickes eines Mannes, wie es Dr. Gürtner ist, um die dringenden Probleme zu meistern.

1881 in Ravensburg geboren, trat Dr. Gürtner als Gerichtsassessor 1909 in den bayerischen Staatsdienst und bekleidete dort das Amt eines Staatsanwalts und Amtsrichters. Im Weltkrieg kämpfte er als Reserveoffizier mit höchster Auszeichnung an West und Ost; das Jahr 1918 sah ihn an der Italien-Front, aus deren Zusammenbruch er sein Bataillon unter den schwierigsten Verhältnissen zurückführte. Nach Rückkehr in den Zivildienst erarbeitete er seine Tätigkeit als Referent im bayerischen Staatsministerium der Justiz das Vertrauen der damals in Bayern einflussreichen nationalen Kräfte, so daß ihm 1922 das Amt des bayerischen Justizministers übertragen wurde. Sein Verdienst war es, daß in der Zeit des Niederganges dem bayerischen Staat eine intakte und pflichtbewusste Justiz erhalten blieb. Die Universität Würzburg dankte ihm durch Verleihung der Ehrendoktorwürde. 1932 berief ihn Reichspräsident von Hindenburg in das Übergangskabinet von Papen. Dann leitete der Führer, der seine Verfaßtheit von Bayern her kannte, die Leitung der Justiz des Reiches in seine Hand.

06702 0013 BEC

Datum 29. Jan. 1941

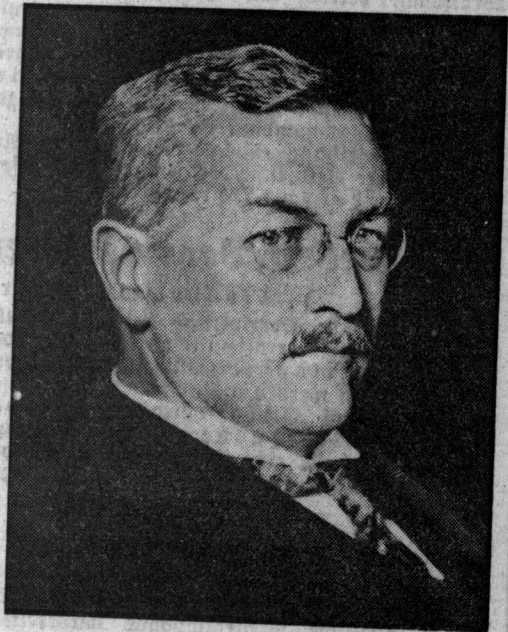
Hamburger Fremdenblatt

Nr. 29

Reichsjustizminister Dr. Gürtner *

□ Berlin, 29. Januar
Der Reichsjustizminister Dr. Gürtner ist
in der Nacht zum 29. Januar 1941 nach kurzer
Krankheit infolge eines Herzschlages verschieden.

Dr. Gürtner wurde 1881 in Regensburg
geboren. Er trat 1901 als Gerichtsassessor in den
bayerischen Staatsdienst und bekleidete später die
Ämter eines Staatsanwaltes und Amtsrichters.
Am Weltkrieg nahm er von 1914 an als Reserve-



Aufn. Bieber. Berlin

offizier teil und kämpfte mit hohen Auszeichnungen,
darunter dem EK I und dem Hohenzollernschen
Hausorden und der Osmanischen Kriegsmedaille,
im Westen und Osten. Der Zusammenbruch des
Jahres 1918 traf ihn an der Palästinafront, von
der er sein Bataillon als letztes unter Über-
windung größter Schwierigkeiten heimführte.
Bald nach Wiederaufnahme seiner juristischen
Tätigkeit wurde er als Referent in das Bayerische
Staatsministerium der Justiz berufen und 1922
durch das Vertrauen der bayerischen nationalen
Freie zum bayerischen Justizminister

ernannt. In dieser Stellung gelang es ihm trotz
des allgemeinen Niederganges, eine reibungslos
arbeitende und pflichtbewusste Rechtspflege in
Bayern zu erhalten. Die Universität Würzburg
dankte ihm durch Verleihung der Ehrendoktor-
würde. 1932 berief ihn Reichspräsident v. Hinden-
burg als Reichsjustizminister in das
Übergangskabinett v. Papen. 1933 legte der
Führer, der sein Wirken von Bayern her kannte,
die Leitung der Justiz des Reiches in seine Hand.

Reichsminister Dr. Gürtner sah sich damit vor
Aufgaben bisher ungeahnten Aus-
maßes gestellt. Zunächst galt es, die in 16 Lan-
desjustizverwaltungen zerplitterte deutsche Rechts-
pflege zu einem einheitlichen Ganzen zusammen-
zuschweißen. Nachdem Dr. Gürtner durch Ver-
reichlichung der Justizverwaltung
die Einheit der Rechtspflege hergestellt
hatte, wurden in schneller Folge die dringendsten
gesetzgeberischen Fragen, die sich aus der neuen
Geisteshaltung des deutschen Volkes ergaben, ge-
löst. Zahlreiche Gesetze wurden alsbald neu ge-
staltet, und bei vielen anderen, insbesondere den
großen Gesetzen des Strafrechts und des bürger-
lichen Rechts, wurden die Arbeiten bis nahezu
zum Abschluß gefördert.

Daneben mußte der Neuaufrichtung der
deutschen Rechtslage sowie der Ausbildung des
Nachwuchses zusammen mit den berufenen Stellen
der Parteiführung sorgfältige Aufmerksamkeit
gewidmet werden. Von besonderer Bedeutung
wurden die unter Führung Dr. Gürtners zu
lösenden Aufgaben der Eingliederung der
Justizverwaltung der in das Großdeutsche Reich
heimgekehrten Gebiete.

Bei Beginn des großdeutschen Freiheits-
kampfes erwuchsen der Reichsjustizverwaltung
neue Aufgaben, darunter besonders die Pflicht,
durch umfassende gesetzgeberische Maßnahmen
und energisches Durchgreifen die Sicherheit
der inneren Front gegenüber Völk-
schädlern und Saboteuren zu ge-
währleisten. Wenn hier nur in größten Um-
rissen die umfangreiche Arbeit der Führung der
deutschen Rechtspflege angedeutet werden konnte,
so zeigen doch schon diese wenigen Angaben das
Ausmaß der Arbeit und die Schwierigkeit der
Aufgaben, die zu lösen waren und die gelöst
werden konnten dank des großen Fach-
wissens, der unermüdblichen Arbeits-
kraft und der ständigen persönlichen
Initiative Dr. Gürtners.

Reichsjustizminister Dr. Gürtner †

dnb. Berlin, 29. 1.

Reichsminister der Justiz Dr. Gürtner ist in der Nacht zum 29. Januar 1941 nach kurzer Krankheit infolge eines Herzschlags verschieden.

★

Der Tod des Reichsjustizministers bedeutet einen schweren Verlust für das Reichskabinett und für die deutsche Rechtspflege. Reichsjustizminister Franz Gürtner hatte sein hohes Amt fast neun Jahre inne. Er hatte es schon bei der Bildung des Kabinetts v. Papen im Frühsommer 1932 übernommen. Das Vertrauen des Führers hatte ihn dann nach dem 30. Januar 1933 in dieser Stellung bestätigt. Vorher war Franz Gürtner,



der am 26. August 1881 in Regensburg geboren war, seit August 1922 bayerischer Justizminister gewesen.

Mit dem Namen des Reichsjustizministers ist die größte und einschneidendste Umgestaltung des deutschen Rechtes verbunden, die das Deutsche Reich erlebt hat. Mit ihm, eigentlich beginnt überhaupt erst der Begriff der Reichsjustiz und des Reichsjustizministeriums Leben zu bekommen. Zwar hatte auch die Weimarer Republik schon das Amt des Reichsministers der Justiz geschaffen, aber wie auf anderen Gebieten, so war auch in diesem Ressort das Wesentlichste noch immer der Landeshoheit der Einzelstaaten vorbehalten geblieben, nur eine Anzahl allerdings wichtiger Kompetenzen war auf diesen Reichsjustizminister übergegangen, der im übrigen, ähnlich wie das damalige Reichsministerium des Innern, fast ohne einen verwaltungsmäßigen Unterbau existierte und insbesondere den Strafvollzug mit wenigen Ausnahmen ganz den Ländern überlassen mußte. Die Folge dieser Struktur war ein Chaos der Widersprüche, da die Rechtsauffassungen der verschiedenen Länderjustizchefs mit den ganz verschiedenen politischen Zusammenfassungen aufs engste zusammen-

stischen Notwendigkeiten in die Form der Gesetzmäßigkeit gebracht hat.

Seit April 1935 ist die gesamte Justiz auf das Reich übergegangen. Damals wurden 65 000 Beamte und 2000 Behörden übergeführt, nachdem schon ein halbes Jahr vorher das Reichs- und das Preussische Justizministerium vereinigt worden waren (bereits im Juni 1934 war Gürtner persönlich gleichzeitig auch Justizminister für Preußen geworden). Dem Reichsjustizministerium obliegt neben der Betreuung und Beaufsichtigung der Rechtspflege auch die Neugestaltung des Rechts. Außerordentlich wichtige Arbeiten sind auf diesem Gebiete unter Gürtner im Reichsjustizministerium teils vorbereitet, teils abgeschlossen. Sie betreffen das Strafrecht, den Strafvollzug wie das bürgerliche Recht, d. h. sowohl ein neues Strafgesetzbuch wie ein neues Bürgerliches Gesetzbuch, wobei sich die Möglichkeit ergab, sich weitgehend auf die Vorarbeiten des Reichsministers Dr. Frant zu stützen.

Die Verdienste des verstorbenen Reichsjustizministers werden noch fachlich zu würdigen sein.

Der Führer hat Dr. Gürtner zum 30. Januar 1937 in Würdigung seiner Verdienste das Goldene Parteiabzeichen verliehen.

Die Angliederung und Rückgewinnung weiten, ehemals deutschen Landes seit 1938 stellte auch die Justiz und damit auch den Chef der Reichsjustizverwaltung vor ungeahnte Aufgaben, für die es keinen „Vorgang“ nach Behördenart gab. Allein die Personalfragen, die damit verbunden waren, erforderten eine ebenso behutsame wie energische Hand und die Abstimmung zwischen politischer Notwendigkeit und Rechtssetzung. Die Umgestaltung des gesamten Rechts zu einem neuen Recht und damit zu einer neuen Rechtssicherheit ist in weiten Gebieten des Lebens nicht zuletzt ein Verdienst des Reichsjustizministers Dr. Gürtner.

★

Franz Gürtner absolvierte das Gymnasium in Regensburg und kam darauf an das Maximilianeum in München, wo nach einer Stiftung der bayerischen Könige die begabtesten Abiturienten auf Staatskosten erzogen wurden. Er bestand mit hervorragender Note das juristische Staatsexamen und wurde 1909 in das Bayerische Justizministerium berufen; er war dort bis zum Ausbruch des Weltkrieges als Personalreferent tätig. Von 1914—1919 stand er als Hauptmann d. R. im Feld und nahm zuletzt an den Kämpfen in Palästina teil, wo er als Bataillonskommandeur den Rückzug der ihm anvertrauten Truppen durch das Ostjordanland leitete.

Nach seiner Rückkehr war er zunächst Staatsanwalt in München und wurde im August 1920 wieder in das Justizministerium berufen. 1922 trat er als Vertreter der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale) in das Kabinett Berchtesgaden ein und übernahm das bayerische Justizministerium. Als bayerischer Justizminister hat er sich damals bemüht, die behördlichen Maßnahmen gegen Mitglieder der nationalsozialistischen Bewegung zu mildern.

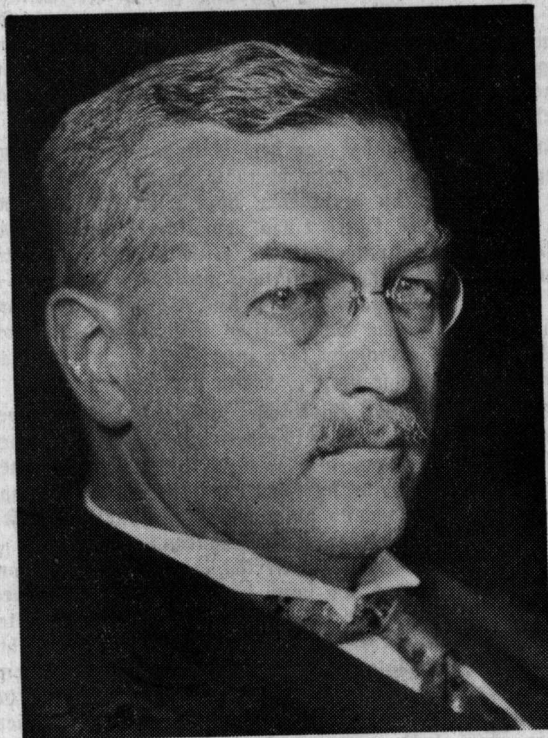
Reichsjustizminister Dr. Gürtner †

dnb. Berlin, 29. 1.

Reichsminister der Justiz Dr. Gürtner ist in der Nacht zum 29. Januar 1941 nach kurzer Krankheit infolge eines Herzschlags verschieden.

★

Der Tod des Reichsjustizministers bedeutet einen schweren Verlust für das Reichskabinett und für die deutsche Rechtspflege. Reichsjustizminister Franz Gürtner hatte sein hohes Amt fast neun Jahre inne. Er hatte es schon bei der Bildung des Kabinetts v. Papen im Frühsommer 1932 übernommen. Das Vertrauen des Führers hatte ihn dann nach dem 30. Januar 1933 in dieser Stellung bestätigt. Vorher war Franz Gürtner,



der am 26. August 1881 in Regensburg geboren war, seit August 1922 bayerischer Justizminister gewesen.

Mit dem Namen des Reichsjustizministers ist die größte und einschneidendste Umgestaltung des deutschen Rechtes verbunden, die das Deutsche Reich erlebt hat. Mit ihm eigentlich beginnt überhaupt erst der Begriff der Reichsjustiz und des Reichsjustizministeriums Leben zu bekommen. Zwar hatte auch die Weimarer Republik schon das Amt des Reichsministers der Justiz geschaffen, aber wie auf anderen Gebieten, so war auch in diesem Ressort das Wesentlichste noch immer der Landeshoheit der Einzelstaaten vorbehalten geblieben, nur eine Anzahl allerdings wichtiger Kompetenzen war auf diesen Reichsjustizminister übergegangen, der im übrigen, ähnlich wie das damalige Reichsministerium des Innern, fast ohne einen verwaltungsmäßigen Unterbau existierte und insbesondere den Strafvollzug mit wenigen Ausnahmen ganz den Ländern überlassen mußte. Die Folge dieser Struktur war ein Chaos der Widersprüche, da die Rechtsauffassungen der verschiedenen Länderjustizchefs mit den ganz verschiedenen politischen Zusammenhängungen aufs engste zusammenhing. Es ist für die deutschen Rechtswahrer ein Ruhmestitel, der den Vergleich mit dem Offizierskorps der Reichswehr nicht zu scheuen braucht, daß trotz dieser Sachlage der Gedanke des Rechts bis zur Epoche der Neuschöpfung des Rechts gerettet werden konnte. Und es ist ein bleibendes Verdienst des verstorbenen Reichsjustizministers Dr. Franz Gürtner, daß er gerade als Bayer das Recht des Reiches gemäß den Anordnungen des Führers und gemäß den neuen nationalsozialisti-

stischen Notwendigkeiten in die Form der Gesetzhlichkeit gebracht hat.

Seit April 1935 ist die gesamte Justiz auf das Reich übergegangen. Damals wurden 65 000 Beamte und 2000 Behörden übergeführt, nachdem schon ein halbes Jahr vorher das Reichs- und das Preussische Justizministerium vereinigt worden waren (bereits im Juni 1934 war Gürtner persönlich gleichzeitig auch Justizminister für Preußen geworden). Dem Reichsjustizministerium obliegt neben der Betreuung und Beaufsichtigung der Rechtspflege auch die Neugestaltung des Rechts. Außerordentlich wichtige Arbeiten sind auf diesem Gebiete unter Gürtner im Reichsjustizministerium teils vorbereitet, teils abgeschlossen. Sie betreffen das Strafrecht, den Strafvollzug wie das bürgerliche Recht, d. h. sowohl ein neues Strafgesetzbuch wie ein neues Bürgerliches Gesetzbuch, wobei sich die Möglichkeit ergab, sich weitgehend auf die Vorarbeiten des Reichsministers Dr. Frant zu stützen.

Die Verdienste des verstorbenen Reichsjustizministers werden noch sachlich zu würdigen sein.

Der Führer hat Dr. Gürtner zum 30. Januar 1937 in Würdigung seiner Verdienste das Goldene Parteiabzeichen verliehen.

Die Angliederung und Rückgewinnung weiten, ehemals deutschen Landes seit 1938 stellte auch die Justiz und damit auch den Chef der Reichsjustizverwaltung vor ungeahnte Aufgaben, für die es keinen „Vorgang“ nach Behördenart gab. Allein die Personalfragen, die damit verbunden waren, erforderten eine ebenso behutsame wie energische Hand und die Abstimmung zwischen politischer Notwendigkeit und Rechtssetzung. Die Umgestaltung des gesamten Rechts zu einem neuen Recht und damit zu einer neuen Rechtssicherheit ist in weiten Gebieten des Lebens nicht zuletzt ein Verdienst des Reichsjustizministers Dr. Gürtner.

★

Franz Gürtner absolvierte das Gymnasium in Regensburg und kam darauf an das Maximilianeum in München, wo nach einer Stiftung der bayerischen Könige die begabtesten Abiturienten auf Staatskosten erzogen wurden. Er bestand mit hervorragender Note das juristische Staatsexamen und wurde 1909 in das Bayerische Justizministerium berufen; er war dort bis zum Ausbruch des Weltkrieges als Personalreferent tätig. Von 1914—1919 stand er als Hauptmann d. R. im Feld und nahm zuletzt an den Kämpfen in Palästina teil, wo er als Bataillonskommandeur den Rückzug der ihm anvertrauten Truppen durch das Ostjordanland leitete.

Nach seiner Rückkehr war er zunächst Staatsanwalt in München und wurde im August 1920 wieder in das Justizministerium berufen. 1922 trat er als Vertreter der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale) in das Kabinett Verchenfeld ein und übernahm das bayerische Justizministerium. Als bayerischer Justizminister hat er sich damals bemüht, die behördlichen Maßnahmen gegen Mitglieder der nationalsozialistischen Bewegung zu mildern.

Gürtner, Dr.
P

Signatur.....

06702

0015 BEC

Datum 30. Jan. 1941

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 54

Reichsjustizminister Dr. Gürtner gestorben.

Berlin, 29. Januar. (DNB.) Der Reichsminister der Justiz, Dr. Gürtner, ist in der Nacht zum 29. Januar nach kurzer Krankheit infolge eines Herzschlages verschieden.

*

Reichsjustizminister Dr. Gürtner stand im sechzigsten Lebensjahre. Er war wohl der Mann, der die längste Dienstzeit als Minister hinter sich hatte; er war rund zehn Jahre bayerischer Justizminister gewesen, als er 1932, ebenfalls für das Justizressort, in das Reichskabinett berufen wurde, und hat seitdem ununterbrochen an der Spitze des Reichsjustizministeriums gestanden. An seinen Namen knüpft sich das große Werk, das in der Übernahme der gesamten Rechtspflege auf das Reich beschlossen liegt. Es war im wesentlichen seiner entschlossenen Initiative zu danken, daß, nur kurze Zeit nach dem Erlaß des Neuaufbaugesetzes von 1931, in schnellen Schritten die Rechtspflege von den Ländern auf das Reich übertragen wurde, so daß es von 1935 an nur noch eine einheitliche Reichsjustiz gab. Auch an den Vorarbeiten für ein neues deutsches Strafgesetzbuch hat Dr. Gürtner stark Anteil genommen; das Sammelwerk, das die bisherigen Ergebnisse der Ausschuhverhandlungen zusammengefaßt hat, geht unter seinem Namen. Als einem Juristen von hohen Graden, der auch in der Praxis Gelegenheit zur Bewährung hatte, war es ihm seit 1933 vor allem darum zu tun, der Gedankenwelt des Nationalsozialismus, der Neuordnung des ganzen Rechtsdenkens, die der nationalsozialistischen Revolution entsprang, in der deutschen Rechtspflege Raum zu schaffen, ohne erprobte Einrichtungen und Traditionen preiszugeben, wenn sie in den Dienst neuer Aufgaben gestellt werden konnten.

Dr. Gürtner war bayerischer Herkunft, er war 1881 in Regensburg als Sohn eines Lokomotivführers geboren. Nach

seinem Offiziersexamen wurde er in das bayerische Justizministerium berufen und war hier bis zum Ausbruch des Weltkrieges als Personalreferent tätig. Am Weltkrieg nahm er zunächst als Hauptmann der Reserve in einem Infanterieregiment teil, später gehörte er einem Infanterie-Bataillon des Afrikakorps in Palästina an. Für besondere militärische Leistungen erhielt er neben dem Eisernen Kreuz I. Klasse auch den Hausorden von Hohenzollern. Nach der Rückkehr in die Heimat trat Dr. Gürtner nach kurzer Tätigkeit als Staatsanwalt beim Landgericht München wieder in das bayerische Justizministerium ein. Schon wenige Jahre später, 1922, wurde er als Vertreter der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationalen Volkspartei) in dem damaligen Kabinett Loecherer Justizminister. Zehn Jahre später ging er bei der Bildung des Kabinetts Papen als Reichsjustizminister nach Berlin; er behielt diese Funktion auch nach Papens Rücktritt bei, in dem Kabinett Schleicher und dann, gerade vor acht Jahren, in der von Adolf Hitler gebildeten neuen Regierung.

Gesetze werden nicht einfach
von der Obrigkeit befohlen,
sondern erwachsen - wie jedes
Recht - aus dem Empfinden
des Volkes und den Bedürfnis-
nissen der Zeit, der Gesetzgeber
erfindet nicht das Recht, son-
dern verflündet es. In diesem
Sinne ist auch die Gesetz-
gebung angewandte Metaphy-
sik.

Dr. Gürtner



Reichsminister
Dr. Franz
Gürtner

geb.
26. August
1881

Dr. Gürtner, geboren in Regensburg,
ist aus der Richterlaufbahn hervor-
gegangen. Im Weltkrieg kämpfte er
als Reserveoffizier im Westen und
zuletzt in Palästina. Als Vertreter der
Deutschnationalen übernahm er 1922
die Leitung des bayerischen Justiz-
ministeriums. Im Kabinett des Führers
obliegt dem Reichsjustizminister die
bedeutungsvolle Aufgabe der Erneue-
rung des deutschen Rechts und der Ver-
waltung der Justiz in Großdeutschland.

Foto: Transocean, Berlin

06702

0017 BEC

Signatur

Datum 2. Feb. 1941

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 61

Der Staatsakt für Dr. Gürtner.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

✠ Berlin, 1. Februar.

Im Mosaisaal der Neuen Reichskanzlei fand heute vormittag in Anwesenheit des Führers der feierliche Staatsakt für den verstorbenen Reichsminister der Justiz, Dr. h. c. Franz Gürtner, statt. Am frühen Morgen war der Sarg vom Reichsjustizministerium, wo er während der Nacht aufgebahrt gewesen war, in die Neue Reichskanzlei gebracht worden. Hier hielten acht höhere Beamte seines Ministeriums in den letzten Stunden die Ehrenwache. Kerzen brannten neben dem Sarg, und der Raum war mit vielen frischen Blumen ausgeschmückt. Unmittelbar vor dem Sarg standen vier Stühle für den Führer, die Witwe des Verstorbenen, den Reichsminister des Innern, Dr. Frick, und Staatssekretär Dr. Schlegelberger. Dahinter hatten die Angehörigen des verstorbenen Ministers Platz genommen. Justizwachmeister in Uniform bildeten zu beiden Seiten des Ganges Spalier. Links hatten sich Vertreter sämtlicher in Berlin beglaubigter fremden Missionen, an ihrer Spitze der apostolische Nuntius, eingefunden. Unter den Trauergästen sah man Vertreter von Staat, Partei und Wehrmacht, die Generalfeldmarschälle von Brauchitsch und Keitel, Großadmiral Raeder, Staatsminister Meißner, die Reichsminister Heß, Ribbentrop, Rust, Goebbels, Lammers, Darré, Kerrl, Seyß-Inquart, den Reichsprotector Freiherrn von Neurath, die Reichsleiter Ley, Rosenberg und Epp, den Reichspressechef, Frau Scholz-Klink und den Stabschef der SA, Luze. Der zur Zeit erkrankte Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frick hatte eine Abordnung entsandt, die, von seinem Staatssekretär Dr. Bühler geführt, aus maßgeblichen Vertretern des Reichsrechtsamtes der NSDAP, des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes, der Akademie für Deutsches Recht und der Abteilung „Justiz“ in der Regierung des Generalgouverneurs bestand.

Kurz vor 12 Uhr betrat der Führer den Saal, begleitet von Rudolf Heß und der Witwe des verstorbenen Ministers, die von Staatsminister Meißner und von Staatssekretär Schlegelberger geführt wurde. Die Berliner Staatskapelle spielte das Vorspiel zur Oper

„Parsifal“ von Richard Wagner. Dann würdigte der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, das Leben Dr. Gürtners. Noch niemals, so sagte er, habe das deutsche Volk einen so entscheidenden Rechtskampf geführt wie jetzt. Es sei ein tragisches Geschick, daß Dr. Gürtner mitten in diesem Kampf habe von uns gehen müssen. Sein Name sei für alle Zeiten mit dem Aufbau des großdeutschen Reiches verbunden. „Dr. Gürtner war durchdrungen von dem Bewußtsein, daß der Wert und der Unwert aller Kulturen der Menschheit vornehmlich nach dem Recht beurteilt wird, was sie sich schaffen. Er ging davon aus, daß jede menschliche Gemeinschaft steht und fällt mit dem Recht, das sie sich schafft, und jedes Volk lebt oder stirbt mit dem Vermögen, das Recht, das für sein Leben und seine Weiterentwicklung notwendig ist, zu wirklichem Leben zu erwecken. Im Zeichen dieser tiefen Erkenntnis vom Wesen des Rechts, von seiner Bedeutung für das eigene Volk und dessen Stellung in der Gemeinschaft der Völker stand sein ganzes Wirken. Aus ihr erwuchs sein Kampf für ein arbeitsreiches deutsches Recht und sein Einsatz für die Durchsetzung des Rechts auch im internationalen Leben. Die Schaffung einer einheitlichen nationalsozialistischen Rechtspflege sowie zahlreicher im Geiste des Nationalsozialismus neu gestalteter Gesetze als erstes Fundament einer nationalsozialistischen Rechtsordnung geben Zeugnis von der unermüdblichen Arbeit des Verstorbenen.“ Gürtner sei kein trockener Jurist gewesen, sondern er habe ein warmes Herz gehabt. Sein Denken habe sich durch Lebendigkeit und Natürlichkeit ausgezeichnet. Trotz seines umfassenden Wissens sei er kein Büchergelehrter gewesen. Dazu sei er zu sehr im Volk verwurzelt gewesen. Als er unter Adolf Hitler den Auftrag einer umfassenden Rechtsreform erhalten habe, sei er sich darüber im klaren gewesen, daß Stückwerk nicht möglich, daß vielmehr eine totale Erneuerung des Rechts notwendig wäre. Mitten aus einem rastlosen Schaffen sei er herausgerissen worden. Das Schicksal habe es ihm nicht vergönnt, den Sieg des deutschen Volkes und damit des Rechts in Europa noch erleben zu können. Dr. Frick habe den Auftrag, den Dank des Führers an der Bahre auszusprechen. Sein Einsatz, so schloß er, werde Vorbild und Mahnung sein. Dann ergriff der mit der Führung der Geschäfte des Reichsministers der Justiz betraute Staatssekretär Professor Dr. Schlegelberger das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er für die Beamten und Angestellten des Ministeriums von seinem Minister Abschied nahm. In seiner kurzen Würdigung der menschlichen Eigenschaften hob Dr. Schlegelberger vor allem hervor, daß der Verstorbene gegen sich und andere stets gerecht gewesen sei.

Das Lied vom Guten Kameraden wurde gespielt. Der Führer und seine Begleitung verließen den Mosaisaal. Die Fahnen senkten sich, als der Sarg von Justizwachmeistern hinausgetragen wurde. Er wurde zum Anhalter Bahnhof gebracht und dort im Fürstenzimmer bis zur Abfahrt in seine bayerische Heimat gebracht, wo Dr. Gürtner beigesetzt wird.

Gürtner,
Dr. Franz

2. Feb. 1941

06702

0018 BEC

Datum

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 57

Während sich die Erde über dem verstorbenen Reichsjustizminister schließt, soll hier ein Dokument Platz finden, das aus Feindesmund eine höchste Ehrung des Soldaten Gürtner darstellt. Der Hauptmann der Reserve, Gürtner hatte im Jahr 1918 zuletzt in Palästina gekämpft und seine Truppe in Ordnung zurückgeführt. Ueber die Haltung dieser Truppe liegt von keinem Geringeren als von T. E. Lawrence ein Zeugnis vor. Dieser Engländer, der die Araber zum Aufstand gegen die Türkei aufwiegelte und später den Tod suchte und fand, weil er sich des Wortbruchs schämte, den seine Regierung an den Arabern beging, hat in seinem Buch „Aufstand in der Wüste“ folgende Worte geschrieben, die heute als eine Aeußerung von Lawrence über Gürtner gewertet werden dürfen: „Eine Ausnahme allein machten die deutschen Abteilungen; und hier zum erstenmal wurde ich stolz auf den Feind, der meine Brüder getötet hatte. Sie waren zweitausend Meilen von ihrer Heimat entfernt, ohne Hoffnung im fremden, unbekannten Land, in einer Lage, verzweifelt genug, um auch die stärksten Nerven zu brechen. Dennoch hielten ihre Trupps fest zusammen, geordnet in Reih und Glied, und steuerten durch das wirr wogende Meer von Türken und Arabern wie Panzerschiffe, schweigsam und erhobenen Hauptes. Wurden sie angegriffen, so machten sie halt, nahmen Gefechtsstellung und gaben wohlgezieltes Feuer. Da war keine Hast, kein Geschrei, keine Unsicherheit, sie waren prachtvoll.“ Der Beweis, daß damit die Truppe Gürtners gemeint ist, liegt vor: In seinem Handexemplar des Buches von Lawrence hat Reichsjustizminister Dr. Gürtner an dieser Stelle für seine Söhne am Rande die Bemerkung gemacht, sie möchten immer daran denken, daß es sich hier um das Bataillon ihres Vaters handle. In der Öffentlichkeit hat der verstorbene Reichsjustizminister niemals von diesem Zeugnis des Feindes Gebrauch gemacht. Auch das ehrt ihn und vervollständigt das Bild seiner Persönlichkeit.

★